



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Rede 1. Mai 2017, Bern

Natalie Imboden, Sektorleitung Tertiär Unia, Grossrätin Grüne Bern

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sozialer. Gerechter. Zukunft für alle.

Mit diesen Grundwerten begehen wir heute den internationalen Tag der Arbeit. In Bern, aber auch weltweit. Der 1. Mai ist der einzige Tag, welcher weltumspannend begangen wird. Der 1. Mai ist ein Zeichen für eine solidarische Globalisierung. Ein Symbol für soziale Sicherheit und Menschenrechte. Dies ist umso wichtiger, da weltweit ein gieriger Raubtierneoliberalismus und Heuschreckenkapitalismus regiert, der Rechtspopulismus gefährlich erstarkt und Abschotter wieder Mauern gegen Flüchtlinge und Migrant/innen hochziehen und Fluchtwege verbaut werden. Die «Trumps» und die «LePens» haben wir aber auch in der Schweiz, auch im Kanton Bern. Jene zum Beispiel, welche verhindern wollen, dass sechs-, zehn- oder 15-jährige Flüchtlingskinder und -Jugendliche, die ohne Eltern aus ihrer Heimat geflüchtet sind und hier im Kanton Bern Schutz suchen, altersgerecht untergebracht werden. Dies verlangt nämlich die Kinderrechtskonvention: kindergerechte Betreuung, Bildung und Integration. Investitionen in die Ausbildung dieser jungen Menschen zahlen sich für alle aus. Daher ist ein Ja am 21. Mai zum kantonalen Kredit für die Asylsozialhilfe sehr wichtig.

Es sind diese gleichen «Trumps» und «LePens», welche auch in der Schweiz die Altersvorsorge oder das Arbeitsgesetz schwächen wollen. Im Kanton Bern ist es Regierungsrat Schnegg und seine Handlanger, welche das wichtige Auffangnetz der sozialen Sicherung, die Sozialhilfe, untergraben wollen. Sie wollen den Grundbedarf in der Sozialhilfe bis einen Drittel senken. Eine Einzelperson hätte für ihren Existenzbedarf satt 977 Franken im Monat nur noch 684 Franken. Damit ist kaum mehr ein Leben in Würde möglich. Und der Kanton Bern könnte mit einer solchen Senkungen schweizweit eine Negativspirale auslösen.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu zynisch, dass im Kanton Bern gleichzeitig Luxusstrassen gebaut werden sollen, wo 3 Kilometer Strasse 150 Millionen Franken kosten. Dies obwohl es auch kostengünstigere und vernünftige Lösungen gibt. Auch darüber stimmen wir am 21. Mai ab.

Der Kanton Bern steht vor einem entscheidenden Jahr. Wenn es nach den Bürgerlichen geht, soll nicht nur die Sozialhilfe ausgehöhlt werden, sondern auch weitere öffentliche Leistungen sollen zurückgefahren werden. Im Herbst steht ein Abbaupaket von rund 300 Millionen Franken auf der bürgerlichen Agenda. Es ist gar das grösste Staatsabbaupaket im Kanton Bern! Auch wenn die Inhalte noch nicht bekannt sind, ist zu befürchten, dass vor allem die Bereiche Bildung, Integration, Soziales und Gesundheit unter Druck kommen werden. Der bürgerliche Leistungsabbau verfolgt zwei Ziele: Einerseits führt er zu einer Schwächung des Staatswesens und der öffentlichen Hand, andererseits werden damit Steuergeschenke für Grossunternehmen im dreistelligen Millionenbereich «finanziert». Nach dem Motto: «weniger Staat – mehr private Gewinne» werden die Gewinnsteuern für die grossen Unternehmungen massiv gesenkt. Für die KMU ändert dabei wenig. Es gibt unter dem Strich weniger öffentliche Leistungen für viele Menschen, dafür aber Steuersenkungen für einige wenige Grossbetriebe.

Dagegen werden wir in den nächsten Monaten in diesem Kanton kämpfen müssen. Wir alle sind gefordert, sei es mit Protesten oder mittels Referenden z.B. gegen das **Steuersenkungsgesetz**. Mut gemacht haben mir Proteste von Schülerinnen und Schülern im März. Hunderte Junge haben vor dem Rathaus gegen den drohenden Abbau in der Bildung protestiert. Diese jungen Menschen, ihre Herzen und Köpfe, müssen wir für unsere Bewegung gewinnen. Wenn wir wollen, dass der Kanton Bern sozialer und gerechter wird, werden wir uns alle gemeinsam mobilisieren müssen. Dem Sozialabbau und den Steuergeschenken setzen wir unsere Forderungen entgegen: eine Zukunft für alle. Dies bedeutet gute Ausbildung, gute Jobs, anständige Arbeitsbedingungen. Denn auch im Zeitalter der Digitalisierung hat es Arbeit für alle. Aber wir müssen die bezahlte und unbezahlte Arbeit gerechter verteilen. Und es braucht endlich Lohngleichheit und gleiche Löhne für Frauen und Männer. Und zwar Subito. Darum braucht es die Subito-Initiative, welche Druck auf die Arbeitgeber macht, die Lohngleichheit zu realisieren.

Wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Grüne und Linke, sind gefordert. Wir sind die Kraft, welche den Kanton Bern sozialer und gerechter machen kann. Eben: Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter. Gemeinsam sind wir stark!